

Verantwortung übernehmen – Niedersachsen gestalten Programm der JuLis Niedersachsen zur Landtagswahl 2008

Die Jungen Liberalen Niedersachsen bekennen sich zur Freiheit des Einzelnen. Sie stellt für uns die Grundlage des gesellschaftlichen Lebens und des politischen Handelns in Niedersachsen dar. Die Freiheit des Einzelnen kann jedoch nur dadurch gewährleistet werden, dass der Einzelne selbst Verantwortung für sich und die Gesellschaft übernimmt und der Staat sich aus dem Leben seiner Bürger zurückzieht. Die Jungen Liberalen Niedersachsen sind bereit, Verantwortung für die Zukunft Niedersachsens zu übernehmen. Die Landtagswahl 2008 wird darüber entscheiden, ob der Mut zur Verantwortung honoriert wird oder ob wieder Reformverhinderer und Besitzstandswahrer in Hannover das Sagen haben.

In Niedersachsen hat sich seit der Landtagswahl 2003 einiges verändert. Dennoch kann die Zukunft noch besser aussehen! Je stärker die Liberalen im nächsten Niedersächsischen Landtag und in der nächsten Landesregierung vertreten sein werden, umso konsequenter kann Niedersachsen seinen Weg gehen. Je stärker die Jungen Liberalen innerhalb der niedersächsischen FDP vertreten sind, umso konsequenter nehmen die Liberalen ihre Verantwortung als Zukunftsmotor der niedersächsischen Landespolitik wahr.

Verantwortung zu übernehmen bedeutet die Zukunft Niedersachsens zu gestalten!

1. Bildung

Die Jungen Liberalen Niedersachsen begrüßen den eingeschlagenen Weg in der Bildungspolitik weg von den verkrusteten Strukturen, der Unflexibilität und der ideologischen Überladung aus rot-grünen Zeiten. Mit der Schulstrukturreform und der Einführung der Eigenverantwortlichen Schule hat die Landesregierung die notwendigen Anfänge für mehr Wettbewerb und Qualitätssicherung in niedersächsischen Schulen geschaffen. Dennoch liegt aus Sicht der Jungen Liberalen Niedersachsen noch ein langer Weg vor der niedersächsischen Bildungslandschaft.

a) frühkindliche Bildung

Mit der frühkindlichen Bildung ihrer Kinder legt die Gesellschaft den Grundstein für deren Entwicklung zu eigenverantwortlichen, selbstständigen und frei denkenden Individuen. Institutionen und Einrichtungen der frühkindlichen Bildung stehen als Bildungseinrichtungen auf gleicher Augenhöhe mit den Schulen. Lebenslanges Lernen beginnt nicht erst in der Grundschule. Hier müssen die Kinder zu Beginn bereits Fähigkeiten im sprachlichen und sozialen Bereich vorweisen können. Vorschulbildung muss eng mit einem flächendeckenden Betreuungsangebot verzahnt werden.

- Die Kindertagesstätte muss als pädagogische Vorstufe zur Grundschule endgültig als Bildungsstätte etabliert werden.
- Die Erzieherausbildung erfolgt in Niedersachsen in Zukunft über ein Hochschulstudium in Form eines Bachelor-Abschlusses an einer Fachhochschule.

- Kommunale Kooperationen zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen müssen gefördert werden.
- Die sprachliche Entwicklung muss einen höheren Stellenwert im Bereich der frühkindlichen Bildung bekommen.
- Alle Kinder müssen ab Beginn des zweiten Lebensjahres bis zum Beginn des Schulbesuches die Möglichkeit ganztätiger, qualifizierter Betreuung haben. Das kostenlose Kindergartenjahr als Brücke zwischen Kindergarten und Grundschule ist hier ein erster sinnvoller Schritt.
- Die Gruppen in Kindergärten müssen hinreichend klein sein, um die bestmögliche individuelle Förderung zu gewährleisten. Es ist auf den Bedarf an weiterführenden Lernmöglichkeiten zu reagieren. Die Kindertagesstätten sollen sich als Dienstleister verstehen und sich als solche nach der Nachfrage der Eltern richten.

b) Schule

Je eigenverantwortlicher eine Schule sich gestaltet, auf desto höherem Niveau können die Schüler an ihr ausgebildet werden. Die Politik muss sich auf die Finanzierung von Schulen, die Festlegung von einheitlichen Standards, deren Überprüfung und auf die Sicherung der Transparenz der Schulergebnisse beschränken. Gerade in der Etappe ihres Lebens, in der sich Kinder zu Erwachsenen entwickeln, müssen Schulen die Möglichkeit haben, ihre Schüler so individuell wie möglich zu fordern und zu fördern.

- Die Finanzierung der schulischen Ausbildung erfolgt in Zukunft über eine Pauschalzahlung pro Schüler durch das Land an die Schulen. Die Beträge für Schüler mit Sprachdefiziten, behinderte Kinder und Jugendliche, aber auch für Hochbegabte, sind aufgestockt.
- Schulen müssen die Möglichkeit bekommen, sich ihre Schüler über selbst gestaltete Aufnahmeprüfungen auszusuchen. Dabei ist darauf zu achten, dass Schüler, die durch mehrere Aufnahmeprüfungen verschiedener Schulen fallen, über eine Zuweisung durch die Kommunen dennoch eine Chance erhalten.
- Schuleinzugsbezirke werden grundsätzlich abgeschafft. In speziellen Fällen kann der Schulträger jedoch Einzugsbereiche festlegen.
- Das dreigliedrige Schulsystem hat ebenso wie das Modell der Gesamtschulen seine Vor- und Nachteile. Keine Schulform darf diskriminiert werden. Die Eltern entscheiden, wo eine individuelle Förderung für ihr Kind am besten gegeben ist und werden dabei von den Lehrern beraten. Der Wettbewerb zwischen den Schulformen stärkt die Profilbildung und die Qualität der Schulen.
- Innerhalb des dreigliedrigen Schulsystems muss verstärkt auf die Durchlässigkeit zwischen Gymnasien, Real- und Hauptschulen geachtet werden. So muss z. B. die individuelle Eingliederung eines Schülers nach einem Schulformwechsel leichter erfolgen können.
- Den Forderungen nach einer Abschaffung der Hauptschule wird eine Absage erteilt.
- Kooperationen von Schulen untereinander und von Schulen mit ehrenamtlich Tätigen zur Weiterentwicklung des Unterrichtsangebots und zur Förderung bestimmter Gruppen müssen gestärkt werden.
- Das Betreuungsangebot der Schulen muss so ausgeweitet werden, dass jeder Schüler die Möglichkeit zu qualifizierter, ganztägiger Betreuung hat.
- Dem Lehrermangel an niedersächsischen Schulen muss durch eine durchdachte Reform der Lehrerbildung Abhilfe geschaffen werden. Das Land muss darüber hinaus ein sinnvolles Fortbildungsprogramm für Quereinsteiger entwickeln, um die Unterrichtsversorgung auf einem hohen Niveau sicher zu stellen.
- Der Beamtenstatus von Lehrern wird abgeschafft.

- Die Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund erhält einen besonderen Stellenwert und muss stärker gefördert werden.
- Das Bewerbungs- und Berufstraining muss an allen weiterführenden Schulen erheblich ausgeweitet werden.
- An den Fachgymnasien in Niedersachsen muss die Abiturprüfung auch nach zwölf Jahren möglich sein.
- Die Kooperation zwischen gymnasialer Oberstufe und den Hochschulen muss erheblich ausgeweitet werden. Wissenschaftliches Arbeiten muss den Schülern am Gymnasium stärker als bisher näher gebracht werden.
- Die Wahlfreiheit in der gymnasialen Oberstufe muss ausgeweitet und das eingeführte Profilabitur flexibilisiert werden.
- Staatlicher Religionsunterricht wird an öffentlichen Schulen endgültig abgeschafft. Er wird durch ein neutrales Fach ersetzt, welches sowohl ethisch-moralische Grundsätze als auch Kenntnisse über die philosophischen und religiösen Strömungen vermittelt. Die Wiedereinführung der Konvokation evangelischer Religionslehrer wird abgelehnt.
- Die zentrale Erfassung von Schülerdaten in einer Schülerdatei auf Bundes- oder Landesebene ist unbegründet und nicht sinnvoll.
- Den Schulen wird freigestellt, ob sie das eingeführte Rauchverbot abschaffen oder beibehalten.
- Der Einfluss der gewählten Schülervertreter muss gestärkt werden. Die Vertreter der Schüler im Schulvorstand sind ebenso wie die Leitung der Schülervertretung direkt von den Schülern zu wählen.
- Weiterführende Schulen weisen mündliche und schriftliche Noten auf dem Zeugnis separat aus.

c) Berufsausbildung

Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern eine Chance auf Ausbildung für jeden Jugendlichen. Die duale Berufsausbildung ist ein deutscher Standortvorteil. In Zeiten der Globalisierung darf sich dieses Modell einer Einführung von mehr Wettbewerbselementen nicht verschließen. Jugendliche und junge Erwachsene, die praktisch begabt sind, müssen von der Gesellschaft ebenso eine erstklassige Bildung erhalten wie die Absolventen von Gymnasien und Hochschulen. Azubis sind genauso wichtig wie angehende Akademiker. Die Förderung der individuellen Fähigkeiten der Auszubildenden muss daher bei einer Weiterentwicklung der dualen Berufsausbildung im Mittelpunkt stehen.

- Die berufliche Ausbildung muss flexibilisiert werden. Dies kann über die Einführung eines Baukastensystems erreicht werden. Die berufliche Ausbildung wird hier in einzelne Module unterteilt. Auf der Grundlage von Basisberufen folgen anschließende Spezialisierungen.
- Es wird ein Ausbildungspass eingeführt, der berufliche Kompetenzen, soziales Engagement, fachliche Qualifikationen und Methodenkompetenzen sowie praktische Erfahrungen nachweist. Er ermöglicht eine berufliche Ausbildung an unterschiedlichen Orten und in mehreren Ausbildungsbetrieben. Außerdem erfolgen über den Ausbildungspass spätere berufliche Nachqualifizierungen und die angemessene Anerkennung abgeleiteter Praktika.
- Die mit der Eigenverantwortlichen Schule beschlossenen Neuerungen im Schulsystem müssen konsequent auch auf berufsbildenden Schulen ausgeweitet werden. Die duale Ausbildung wird darüber hinaus um den Ausbildungspass und langfristig um eine modularisierte berufliche Bildung ergänzt. Die berufsbildenden Schulen bieten einen ersten qualifizierenden Abschluss nach zwei Jahren und eine Spezialisierung im dritten Jahr an. Dabei gibt es für jeden Ausbildungsberuf Pflichtmodule, die absolviert werden

müssen. Außerdem kann der Auszubildende sein individuelles Ausbildungsprofil durch fachfremde Module konkretisieren.

d) Hochschulen

Die niedersächsische Hochschullandschaft ist durch ihre Vielfalt und Exzellenz über die Landesgrenzen hinaus attraktiv für Studenten und Wissenschaftler. Um diesen Vorteil zu nutzen bedarf es einer zukunftssicheren Hochschulfinanzierung und mehr Freiheit für die Hochschulen, ein eigenes Profil zu entwickeln und sich dem Wettbewerb untereinander ohne staatliche Gängelung zu stellen.

- Die Einführung von Studiengebühren ist nur gerechtfertigt, wenn die Universitäten frei über die Höhe und die Verwendung ihrer Mittel entscheiden dürfen und wenn niemand, dem auf Grund guter Leistungen ein Studienplatz zusteht, sich diesen nicht leisten kann.
- Die staatliche Stipendienvergabe wird ausgebaut; die private Stipendienvergabe gefördert.
- Der Staat muss außerdem entsprechende Kreditsysteme zur Unterstützung finanzschwacher Studenten entwickeln. Dabei richten sich die Rückzahlungsmodalitäten nach der späteren Einkommensstruktur
- Vereinbarungen der Hochschulen untereinander über die Erhebung und die Höhe der Gebühren sind unzulässig.
- Die Einführung von Studiengebühren darf nicht zu Lasten der staatlichen Hochschulfinanzierung erfolgen. Das Ziel ist keine Umschichtung, sondern eine Erhöhung der Bildungsausgaben.
- Bei strukturellen Entscheidungen, z. B. bei der Gliederung in Fachbereiche oder Fakultäten, muss den Universitäten und Fachhochschulen mehr Eigenverantwortung überlassen werden.
- Verfasste Studentenschaften mit Zwangsmitgliedschaft werden abgeschafft.
- Die ZVS muss endgültig und für alle Studiengänge abgeschafft werden. Niedersachsen soll aus dem entsprechenden Staatsvertrag aussteigen.
- Die Abwanderung von Fachkräften ins Ausland kann nur durch mehr Freiheit und Autonomie in der wissenschaftlichen Lehre und Forschung sowie durch eine breitere finanzielle Basis gestoppt werden.
- Die Hochschulbildung soll von den Kompetenzen und Ressourcen der Wirtschaft profitieren. Daher sind in diesem Bereich Kooperationen verstärkt zu fördern.

2. Wirtschaft, Arbeit und Finanzen

Lange war die niedersächsische Wirtschafts- und Finanzpolitik gekennzeichnet durch fehlende Nachhaltigkeit und Politik auf Kosten der kommenden Generationen. Die positiven Ansätze der liberaleren Wirtschafts- und Finanzpolitik der vergangenen Jahre zeichnet sich hingegen durch Verantwortungsbewusstsein, Deregulierung und stärkeren Wettbewerb aus. Dieser Weg muss konsequent weiter geführt werden.

a) Wirtschaft

Die Politik muss der Wirtschaft die Freiheit zu innovativen Ideen und Entwicklungen geben. Dabei muss insbesondere auf eine Politik Wert gelegt werden, die im Interesse des Mittelstands und der Selbstständigen bürokratische Fesseln beseitigt. Es ist nicht Aufgabe

des Staates, in Marktprozesse einzugreifen, um diese in seinem Interesse zu beeinflussen. Vielmehr ist er für die Schaffung eines investitionsfreundlichen Klimas verantwortlich, um Kapital und Arbeit nach Niedersachsen zu holen.

- Die Meisterpflicht im Handwerk wird vollständig abgeschafft. Der Meisterbrief darf nicht mehr Voraussetzung für die Gründung eines Handwerksunternehmens sein. Stattdessen stellt er in Zukunft ein besonderes handwerkliches Gütesiegel dar.
- Die Zwangsmitgliedschaft in Handwerks-, Landwirtschafts-, und Handelskammern sowie Berufsgenossenschaften wird abgeschafft.
- Die Ladenöffnungszeiten müssen vollständig liberalisiert werden. Dabei dürfen auch Sonn- und Feiertage nicht länger von der Freigabe ausgenommen werden. Gewerbetreibende sollen künftig eigenverantwortlich über den Zeitpunkt und die Dauer der Ladenöffnung entscheiden dürfen.
- Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns wird abgelehnt.
- Das Land Niedersachsen muss aus allen Beteiligungen an Unternehmen aussteigen und eine Privatisierung dieser Unternehmen vorantreiben. Hierbei darf es keine Ausnahme geben, weder bei der Nord/LB, noch bei Volkswagen oder der Salzgitter AG. Auch eine Beteiligung an EADS wird abgelehnt.
- Eine Bereitstellung von Landesbürgschaften für insolvente Unternehmen zur Scheinrettung von Arbeitsplätzen wird abgelehnt.
- Mehrfachbesitzverbote für Apotheken und Fahrschulen werden abgeschafft. Für Apotheken wird außerdem das Fremdbesitzverbot abgeschafft.
- Das Land muss in engem Dialog mit den niedersächsischen Tourismusregionen deren Attraktivität steigern und überregional bekannt machen.
- Kooperationen von Staat, Wirtschaft und Wissenschaft sind weiter voranzutreiben.

b) Arbeit

Die liberale Arbeitsmarktpolitik ist von dem Grundsatz gekennzeichnet, den Menschen den Weg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Darum wollen die Jungen Liberalen Niedersachsen negative Standortfaktoren wie Bürokratie und übermäßige Standortbelastung abbauen und durch eine bessere Standortpolitik angemessene Rahmenbedingungen schaffen, die die Wirtschaft braucht, um den Menschen Arbeitsplätze zu schaffen. Die Jungen Liberalen Niedersachsen bekennen sich dabei eindeutig zu einer gesellschaftlichen Verantwortung der Unternehmen, Menschen eine Perspektive in Arbeit zu bieten.

- Der in Niedersachsen eingeführte Kombilohn hat sich bewährt. Diese Maßnahme muss fortgesetzt und ausgebaut werden.
- Die Bestimmungen des Jugendschutzgesetzes müssen an die realen Begebenheiten der Ausbildungsbetriebe angepasst werden, damit Ausbildung nicht verhindert wird.
- Flächentarifverträge sind abzuschaffen. Die Jungen Liberalen Niedersachsen setzen auf betriebliche Vereinbarungen, die die Betriebsstrukturen berücksichtigen.
- Die Ausbildereignung ist nicht mehr von den Kammern nachzuweisen. Die Fähigkeit des Auszubildenden wird bei der Prüfung des Auszubildenden automatisch überwacht.
- Ausbildungszusammenschlüsse mehrerer Betriebe sind zu fördern.

c) Finanzen

Verantwortungsbewusste Finanz- und Haushaltspolitik muss sich am Wohl der kommenden Generationen orientieren. Es ist unverantwortlich, seinen Kindern und Kindeskindern große Schuldenberge zu hinterlassen. Die Jungen Liberalen Niedersachsen bekennen sich daher zu

einer konsequenten Sparpolitik, die alle gesellschaftlichen Gruppen gemessen an ihrer Leistungsfähigkeit gleichmäßig belastet und einen ausgeglichenen, verfassungsgemäßen Haushalt sowie ein gerechtes und sinnvolles Steuersystem zum Ziel hat.

- Eine grundlegende Steuerreform muss sich an der Entlastung des Bürgers und der Vereinfachung des Systems orientieren. Niedersachsen soll sich auf Bundesebene für eine Einkommenssteuereurteilung nach dem FDP-Modell mit den Steuersätzen 0, 15, 25, und 35 % einsetzen. Langfristig kann auch die Einführung einer Flat Tax eine Alternative sein.
- Der Landeshaushalt muss konsequent saniert, die Neuverschuldung auf Null gesenkt und die bestehenden Schulden abgebaut werden. Für die Zukunft wird ein Verschuldungsverbot in der Niedersächsischen Landesverfassung verankert.
- Alle Subventionen durch das Land gehören auf den Prüfstand.
- Die Möglichkeiten der Finanzverwaltung, Einblick in die Kontodaten eines Steuerzahlers zu erhalten, dürfen nur noch in einem steuerstrafrechtlichen Ermittlungsverfahren genutzt werden.
- Wohnimmobilien dürfen von der Einführung der Real Estate Investment Trusts (REITs) nicht ausgenommen werden.
- Die Kirchensteuer wird abgeschafft.
- Auf Bundesebene muss die Entflechtung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern vorangetrieben werden.
- Das in die Landesverfassung aufgenommene Konnexitätsprinzip muss konsequent eingehalten werden.
- Kommunen, die eine konsequente Entschuldung vorantreiben, sind vom Land zu unterstützen.
- Hingegen muss das Land in die Lage versetzt werden geeignete Maßnahmen gegen Kommunen zu ergreifen, die mehrere Jahre in Folge Bedarfszuweisungen erhalten und keine angemessene Haushaltspolitik betreiben.
- Die Gewerbesteuer wird abgeschafft. Die Kommunen erhalten eigene Hebesätze auf die Einkommensteuer und einen höheren Anteil am Aufkommen der Umsatzsteuer.
- Die teilweise erfolgte Rücknahme der Abschaffung des Landesblindengeldes wird rückgängig gemacht. Der ursprüngliche Beschluss zur Abschaffung tritt wieder in Kraft.

3. Innen und Recht

Staat und Bürger dürfen von der Politik nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die niedersächsische Innen- und Rechtspolitik muss sich am Interesse des Einzelnen ausrichten. Der Staat ist für eine angemessene Erfüllung seiner hoheitlichen Aufgaben verantwortlich und muss die Sicherheit seiner Bürger gewährleisten ohne ihn zu gängeln. Gleichzeitig muss er auf den Schutz der Grundrechte achten und darf diese nicht auf der anderen Seite selber verletzen.

Es ist darüber hinaus Aufgabe einer zukunftsorientierten Rechts- und Innenpolitik, den Staatsapparat gesellschaftlichen Veränderungen anzupassen und auf Integration und Prävention durch eine funktionierende Bürgergesellschaft zu setzen.

a) Bürgerrechte

Bürgerrechte sind Grundrechte. Der Staat muss die Freiheit des Einzelnen wahren. Niedersachsen darf nicht zu einem Land werden, in dem die Bürgerrechte anderen innenpolitischen Interessen untergeordnet werden. Die Jungen Liberalen Niedersachsen

sehen die Entwicklung niedersächsischer Innenpolitik daher als besorgniserregend an und fordern einen Richtungswechsel hin zu einer liberalen Innenpolitik, in der Grundrechte auch in Zeiten des internationalen Terrorismus ihre volle Gültigkeit behalten.

- Staatliche Überwachung zu präventiven Zwecken ist nur auf der Grundlage einer klaren richterlichen Ermächtigungsgrundlage zulässig. So darf die Überwachung eines Ortes nur zulässig sein, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass dort Personen Straftaten von erheblicher Bedeutung verabreden, vorbereiten oder verüben. Eine dauernde Videoüberwachung öffentlicher Plätze ist auszuschließen.
- Maßnahmen des Großen Lauschangriffs dürfen nur auf richterlichen Beschluss hin durchgeführt werden. Die Daten dürfen nur bei einer konkreten Gefahr verwendet werden. Nach Abschluss der Ermittlungen sind die Betroffenen über die Maßnahmen zu informieren.
- Maßnahmen wie biometrische Daten in Ausweispapieren, die Ausweitung der Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen und die Auswertung von Mobilfunkverbindungsdaten, sowie Daten aus der Mauterhebung durch staatliche Stellen sind abzulehnen. Insbesondere zur Erstellung von Bewegungsprofilen und zur verdachtsunabhängigen, systematischen Verfolgung und Ahndung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten dürfen solche Daten nicht genutzt werden. Der Staat muss auch auf die Einhaltung des Rechtes zur informellen Selbstbestimmung durch die Privatwirtschaft achten. So muss u. a. der Weitergabe von Daten zwischen Unternehmen zu Werbezwecken unterbunden werden.
- Sämtliche Produkte und Erzeugnisse, die zum direkten Verkauf an den Endkunden bestimmt sind und die mit RFID-Technik ausgestattet sind, müssen durch einen einheitlichen Aufdruck gekennzeichnet werden.
- Eine Ausstattung der Sicherheitsbehörden mit Trojanern zur Überwachung von Privatcomputern wird abgelehnt.
- Die Einführung von Bürgerstreifen wird abgelehnt. Die Polizeigewalt kann nicht auf Dritte übertragen werden.
- Durch eine Bundesratsinitiative soll sich das Land Niedersachsen dafür einsetzen, dass die Einführung der steuerlichen Identifikationsnummer rückgängig gemacht wird. Die bis dahin gewonnenen Daten werden vernichtet.

b) Sicherheit und Prävention

In vielen Bereichen kann der Staat die Gesellschaft nicht durch Verbote und Kriminalisierung besser machen. Es ist Aufgabe des Staates Gesetzesverstöße zu ahnden und zu bestrafen, aber nicht Menschen durch kollektive Maßnahmen zu gängeln. Verantwortungsvolle Sicherheitspolitik setzt auf gut ausgerüstete Sicherheitsbehörden und nicht auf überzogenen Aktionismus, der die Grundrechte verletzt, sowie auf eine Bürgergesellschaft, in der die Sensibilität für angemessene Kriminalitäts- und Gewaltprävention vorhanden ist.

- Das Ausrüstungsbudget für die Polizei muss erhöht werden.
- Der Landespräventionsrat wird weiter gestärkt. Dabei soll die Vernetzung und Beratung der kommunalen Präventionsräte und die wissenschaftliche Analyse von Kriminalitätsschwerpunkten ausgebaut und weiterentwickelt werden.
- Eine erhöhte Förderung von Bildungseinrichtungen und Jugendtreffs, sowie der Ausbau von Jugendsozialarbeit an den Schulen sind präventive Beiträge zu einer Reduzierung von Kriminalität.
- Der Kampf gegen Rechts- und Linksextremismus muss zentraler Bestandteil der niedersächsischen Sicherheits- und Präventionspolitik sein. Die Gesellschaft muss durch mehr Streetworker für Jugendzentren, mehr Sportangebote für Jugendliche auf dem

Land, gezieltes Werben von Jugendlichen durch bestehende Vereine, Änderung der Lehrpläne im Geschichtsunterricht, Ausnutzung des vollen Strafmaßes bei rassistischen Übergriffen und bei der Verbreitung von Propagandamaterial den Dialog mit Jugendlichen in der rechts- bzw. linksextremen Szene suchen.

- Ein erneuter NPD-Verbotsantrag ist abzulehnen. Stattdessen müssen rechtsextreme Bestrebungen Strömungen durch Argumente und Dialog bekämpft werden.
- Im Bereich der Drogenpolitik muss das Recht auf selbst bestimmtes Leben ebenso berücksichtigt werden wie die Aufgabe des Staates, Menschen, die unter Drogenkonsum leiden, einen Ausweg und realistische Perspektiven zu bieten. Die Märkte für „harte“ und „weiche“ Drogen müssen daher durch den Staat konsequent getrennt werden. Eine gesteuerte Abgabe von Heroin an Schwerstabhängige ist eine sinnvolle Maßnahme.
- Die Jungen Liberalen Niedersachsen sprechen sich gegen ein gänzlich Alkoholverbot für Jugendliche unter 18 Jahre aus.

c) Verwaltung

Die Verwaltung muss sich endlich als Dienstleister für den Bürger begreifen. Dabei sind bürgerfreundlich und flexibel arbeitende Beamte und Mitarbeiter die Grundvoraussetzung für einen modernen Staatsaufbau. Oftmals werden Investitionen, die Schaffung von Arbeitsplätzen und Initiativen aus der Gesellschaft durch eine lahme Verwaltung behindert und zum Erliegen gebracht. Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern eine offensive und bürgerfreundliche Verwaltung, die sich Instrumenten aus Qualitätssicherung, Unternehmensberatung, Betriebswirtschaft und sozial-kommunikativen Qualifikationen nicht verschließt.

- Vorschriften müssen weiter konsequent abgebaut werden. Die zahlreichen Genehmigungspflichten sollen überwiegend durch Anzeigepflichten ersetzt werden.
- Staatliche Aufgaben müssen nach dem Grundsatz des Subsidiaritätsprinzips bürgernah verlagert werden. Dabei ist stets auch auf die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu achten.
- Die Tätigkeiten des Landes sind auf die zur Erfüllung des hoheitlichen Auftrages notwendigen Aufgaben zu beschränken. Privatisierungen nicht hoheitlicher Bereiche sind weiter voranzutreiben.
- Das Beamtentum ist auf die Bereiche zu konzentrieren, die zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und zur Erfüllung der hoheitlichen Aufgaben des Landes notwendig sind.
- Einzelne Rechtswege müssen einen größtmöglichen Rechtsschutz gewähren. Dabei muss die rechtsstaatliche Qualität Vorrang vor Kostenersparnissen haben. Eine Verschlinkung der Rechtswege ist daher nur dort möglich, wo auf gesonderte Rechtswege verzichtet werden kann.
- Die personelle Ausstattung der Justiz ist zu verbessern. Staatsanwaltschaften und Gerichte müssen schnellere Entscheidungen treffen können.
- Die Altersgrenze des aktiven Wahlrechts wird wie auf kommunaler Ebene auch bei Landtagswahlen auf 16 gesenkt.
- Das passive Wahlrecht auf allen Ebenen soll sich künftig nicht mehr danach richten, wer am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet hat, sondern daran, wer zu Beginn der Wahlperiode das 18. Lebensjahr vollendet hat.
- Die Umbesetzungen von Landesbediensteten im Rahmen des allgemeinen Stellenabbaus sollen in Zukunft im Rahmen eines Personaleinsatzmanagements erfolgen.
- Der Ausbau und die Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit muss Vorrang vor weiteren kommunalen Gebietsreformen haben.

d) Migration und Integration

Niedersachsen ist ein Einwanderungsland. Die derzeitige Bevölkerungsentwicklung verlangt nach einem begrenzten Zuzug von Ausländern und nach einer Integration der bereits hier lebenden Ausländer. Dabei ist Integration immer ein Prozess auf gleicher Augenhöhe zwischen den Menschen, die sich neuen Einflüssen öffnen, und den Menschen, die kommen, um Teil dieser Gesellschaft zu sein. Grundlage für jede Form von Integration sind die Akzeptanz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und das Erlernen der deutschen Sprache. Die Jungen Liberalen Niedersachsen bekennen sich zu begrenzter und gesteuerter Zuwanderung und zu einer Integration, die weder versucht, Menschen in eine konservative „Leitkultur“ zu pressen, noch einen Missbrauch der deutschen Sozialsysteme ermöglicht oder eine Unterwanderung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zulässt.

- Grundlage für jede Form von Integration in Deutschland und Niedersachsen ist das Erlernen der deutschen Sprache. Integration im sozialen und ökonomischen Umfeld kann nur über vorurteilsfreie Kommunikation erfolgen. Sprachkurse für Menschen mit Migrationshintergrund sind daher besonders zu fördern.
- Es werden eine jährliche Zuwanderungsbegrenzung und ein Kriterien-Mix in Form eines Punktesystems eingeführt, in das auch mitreisende Familienangehörige nicht-deutscher Herkunft von Spätaussiedlern einbezogen werden. Die Verfahren zur Einwanderung von Spätaussiedlern und zur Anerkennung von Flüchtlingen bleiben davon unberührt.
- Geduldeten Ausländern muss in Form eines Bleiberechts eine realistische Perspektive geschaffen werden. Die behördlichen Integrationskriterien müssen konkretisiert werden.
- Der Zuzug von hochqualifizierten Ausländern aus Wissenschaft und Forschung muss gefördert werden.
- Das Land Niedersachsen muss in einer breit und langfristig angelegten Integrationsinitiative alle gesellschaftlichen Gruppen zu einer Integration von Menschen mit Migrationshintergrund bewegen.
- Es sind Mutter- bzw. Vater-Kind-Programme zu fördern, um die Integrationsmöglichkeiten von erwachsenen Migranten auszubauen.
- Die Stadtplanung in Niedersachsen muss versuchen die Bildung von sozialen Brennpunkten zu verhindern und die Situation in bestehenden Problemgebieten zu entspannen.

e) Sport

Niedersachsen ist ein Sportland, in dem sowohl Spitzen- als auch Breitensport ihre Entwicklungsmöglichkeiten haben. Sport leistet einen wichtigen Integrationsbeitrag in der Gesellschaft und somit auch zur gesellschaftlichen Entwicklung. Sport ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in der Unterhaltungs-, Tourismus- und Freizeitwirtschaft.

- Bei der Planung neuer Infrastruktur sind Sportmöglichkeiten mit zu bedenken.
- Das Fahrradwegenetz ist zu erhalten und auszubauen.
- Kooperationen zwischen Schulen und Vereinen werden begrüßt und sollen ausgebaut werden.

4. Soziales, Familie und Gesundheit

Sozialpolitik, wie sie sich die Jungen Liberalen Niedersachsen wünschen, setzt auf die gesellschaftliche Verantwortung des Einzelnen. Dass die Starken den Schwachen helfen, steht nicht mit der ökonomischen Freiheit des Liberalismus im Widerspruch, sondern ist nach liberaler Überzeugung erst durch ökonomische Freiheit möglich. Eine gute Bildungspolitik, die den Menschen eine Gerechtigkeit an Chancen verschafft und eine gute Wirtschaftspolitik, die die ökonomischen Voraussetzungen zu mehr Arbeitsplätzen schafft, sind Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche Sozialpolitik. Die niedersächsische Sozialpolitik muss Menschen, die in Arbeitslosigkeit und Armut geraten, eine Perspektive bieten. Gleichzeitig darf sie das soziale Umfeld von Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind, nicht unterschätzen und muss die Grundvoraussetzungen für Pflege, Betreuung und Zusammenhalt in der Familie schaffen. Dabei akzeptieren die Jungen Liberalen Niedersachsen jede Art von Familien. Wie jemand sein Privatleben gestaltet, ob er mit Frauen oder Männern zusammenlebt und ob er Kinder hat oder nicht, ist jedem Bürger ausnahmslos selbst überlassen.

a) Soziales

In Niedersachsen wird jedes Jahr sehr viel Geld für soziale Leistungen ausgegeben, obwohl ein großer Teil davon nicht mehr den wirklich Bedürftigen zu Gute kommt. An anderer Stelle gibt es dann wiederum Hilfsbedürftige, denen aufgrund von Fehlern im System oder fehlenden finanziellen Mitteln nicht geholfen werden kann. Daher fordern die Jungen Liberalen Niedersachsen eine Modernisierung der niedersächsischen Sozialleistungen.

- Es werden vermehrt Kontroll- und Managementsysteme eingeführt, die eine gerechtere Verteilung der Mittel gewährleisten.
- Die vorhandenen Kräfte in der Sozialarbeit müssen verstärkt und gebündelt werden, damit Jugendlichen mit sozialen Problemen möglichst früh und effektiv geholfen werden kann. Aus diesem Grund ist eine bessere Kooperation von Schule und Jugendhilfe notwendig.
- Die Anzahl der Schuldnerberatungen in Niedersachsen muss beibehalten werden. KiTas und Schulen müssen an der Armutsberichterstattung zur Erkennung und Hilfe für Kinder, deren Eltern ein Einkommen unter der Armutsgrenze haben, beteiligt werden.
- Die Zusammenarbeit der sozialen Einrichtungen und der beteiligten öffentlichen Stellen muss in gemeinsamen regionalen Netzwerken erfolgen und gefördert werden.
- Günstige Zugangswege von sozial Benachteiligten zur Gesundheitsförderung müssen ausgebaut werden.

b) Familie

Die Jungen Liberalen Niedersachsen erkennen die Entwicklung von der traditionellen Familie hin zu verschiedenen Formen des Zusammenlebens. Familie ist, dort wo Kinder sind. Die Familienpolitik muss alle Formen des Zusammenlebens akzeptieren und sich darauf ausrichten, die Familie als Keim der gesellschaftlichen Entwicklung zu fördern und zu entlasten. Zu einer sich verändernden Familie gehören auch der demografische Wandel und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf

- Kinderbetreuung muss langfristig kostenlos sein. Derzeit noch anfallende Betreuungskosten, wie KiTa-Gebühren, Kosten für Tagesmütter, etc. müssen für Arbeitnehmer und Selbstständige absetzbar sein.

- Die Einrichtung von Betriebskindergärten ist durch flexible und vereinfachte gesetzliche Vorhaben zu ermöglichen. Für kleinere Unternehmen bieten sich Kooperationsformen mit anderen Betrieben oder mit Kindergärten an.
- Die Einrichtung flexibler Arbeitszeitmodelle muss gefördert werden.
- Eine familiengerechte Stadtplanung ist anzustreben.

c) Gesundheit

Die schnell voranschreitende Entwicklung in der Medizin macht es für immer mehr Menschen möglich, dass ihre Krankheiten geheilt werden können und dass ihnen so ein längeres Leben ermöglicht wird. Der Staat muss den Menschen den Zugang zu diesen Möglichkeiten verschaffen. Wichtiger ist jedoch durch eine angemessene Gesundheitsprävention darauf hinzuwirken, dass Menschen gar nicht erst krank werden. Präventive Gesundheitsmaßnahmen sind kurativen Maßnahmen vorzuziehen. Die Jungen Liberalen Niedersachsen erkennen diese Herausforderungen der Gesundheitspolitik und die sich verändernde Struktur der Gesellschaft als zusätzlich zu beachtenden Faktor, vor allem bei der Finanzierung des Gesundheitssystems. Dabei fühlen sich die Jungen Liberale Niedersachsen dem Grundsatz „Privat vor Staat“ verpflichtet.

- Das Land und die betroffenen Kommunen müssen den Zuzug von Ärzten in Gebiete innerhalb des ländlichen Raums fördern, in denen eine Grundversorgung nicht mehr gewährleistet ist.
- Es ist zu gewährleisten, dass die klinische Versorgung flächendeckend vorhanden bleibt.
- Die Gesundheitsprävention soll bereits in der Schule beginnen, zum Beispiel mit dem Ausbau des Sportunterrichts und Ernährungslehre im Sachkunde- bzw. Biologieunterricht.
- Die Jungen Liberalen Niedersachsen lehnen die von der Großen Koalition beschlossene Gesundheitsreform entschieden ab. Ziel der Gesundheitspolitik ist die Privatisierung der gesetzlichen Kassen, um durch Wettbewerb ein effizientes und leistungsfähiges Versicherungssystem zu schaffen.

d) Generationengerechtigkeit und demografischer Wandel

Unsere Gesellschaft verändert sich. Immer mehr Menschen werden immer älter. Immer weniger Menschen werden geboren. In immer kürzerer Zeit wird sich das Bild unserer Gesellschaft verändert und die Politik vor große Probleme gestellt haben. Der demografische Wandel ist aber nicht nur ein Problem, sondern bietet auch die Möglichkeit, dass so viele Generationen wie nie zuvor ihr Leben gemeinsam gestalten. Wenn die Generationen nicht politisch gegeneinander ausgespielt werden, können die nötigen Strukturveränderungen gelingen. Dabei darf die Last der Finanzierung unserer Sozialsysteme nicht allein auf den Schultern der Jüngeren liegen, sondern muss gleichmäßig entsprechend des Leistungsvermögens verteilt werden. Individuelle Vorsorge muss unsere maroden Sozialsysteme ersetzen, damit der familiäre und gesellschaftliche Zusammenhalt nicht durch ein Aufrechnen der Leistungen auf die einzelnen Generationen zerstört wird.

- Für Jugendliche müssen Möglichkeiten geschaffen werden, in ihrer Heimat Ausbildungs- und Lebenschancen zu finden.
- Die lebensnotwendige Nahversorgung ist in der Fläche zu erhalten.
- Die Generationengerechtigkeit muss fest in der Niedersächsischen Landesverfassung verankert werden.

5. Kultur und Medien

Die Freiheit sich auszudrücken und zu informieren ist ein Grundbaustein unserer Gesellschaft. Oftmals erfüllen Kultur und Medien wichtige soziale Funktionen. Trotzdem muss der staatliche Einfluss beschränkt bleiben. Die Jungen Liberalen Niedersachsen stehen für eine Kultur- und Medienpolitik, die die Achtung von Grundrechten beaufsichtigt und gleichzeitig den größtmöglichen Entfaltungsrahmen bietet. Dabei muss stets die Frage nach dem Sinn von staatlichem Engagement gestellt werden.

a) Kultur

Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern eine Kulturpolitik, sich zu einer pluralistischen Gesellschaft, zu kultureller Vielfalt und Offenheit bekennt. Es ist die Aufgabe von Kulturpolitik, die Freiheit der Kunst und Kultur zu garantieren und allen Bürgern eine gleichberechtigte Teilhabe an Kultur zu ermöglichen. Es gilt sowohl Freiräume für Kunst und Kreativität zu sichern als auch das einzigartige niedersächsische Kulturerbe in seiner Vielfalt und mit seinem Charme zu bewahren und zu pflegen. Privates Engagement soll dabei besonders unterstützt werden. Die Jungen Liberalen Niedersachsen bekennen sich zu einem gesellschaftlichen und politischen Kulturauftrag.

- Museums- und theaterpädagogische Inhalte sollen an niedersächsischen Schulen verstärkt in den Unterricht eingebunden werden. In Städten, wo Museen oder Theater existieren, sollen Schulen verstärkt zur Kooperation aufgerufen werden.
- Bei der Finanzierung der niedersächsischen Staatstheater in Hannover, Oldenburg und Braunschweig ist ein Umdenken erforderlich. Ein wirksames Management, eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit und eine effektive Verwaltung müssen dringend eingeführt werden. Außerdem ist zu prüfen, inwieweit eine Kooperationen zwischen mehreren Häusern zu mehr Effizienz führen kann.
- Durch die Einführung so genannter Kulturgutscheine kann die Kulturförderung einerseits hauptsächlich staatlich bleiben, andererseits fördert sie den Wettbewerb zwischen den Kulturformen und -einrichtungen. 80 % der bisherigen Kulturförderung kommen weiterhin vom Land, 20 % werden in Form von Kulturgutscheinen ausgestellt. Dieser Gutschein kann dann bei einer Kultureinrichtung für ein Kulturangebot eingelöst werden. Die Kultureinrichtung bekommt den eingelösten Gutschein in Relation zu den anderen eingelösten Gutscheinen aus dem Landeshaushalt bezahlt.

b) Medien

Demokratie setzt Öffentlichkeit als einen Raum voraus, in dem die verschiedenen Interessenskonflikte der Gesellschaft fair und offen ausgetragen werden können. Die Existenz und der Zugang zur Öffentlichkeit sind notwendig, damit Bürger sich in einer immer komplexer werdenden Welt über Probleme und Konflikte im persönlichen Umfeld und der politischen Sphäre informieren können. Medien diesen darüber hinaus der freien Selbstverwirklichung, der Unterhaltung, der Schaffung und Weiterentwicklung von Kultur sowie einem Ausgleich zur Arbeitswelt. Staatliches Engagement im Medienbereich gehört auf den Prüfstand und muss nach dem Grundsatz des Bildungsauftrages neu definiert werden. Zum Teil ergeben sich Verschmelzungen verschiedener Medientypen. Eine Medienpolitik, die in erster Linie nach Übertragungsart differenziert ist daher nicht länger

zeitgemäß. Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern eine Medienpolitik, die gleiche Inhalte gleich behandelt.

- Eine Umstrukturierung und Erweiterung des Presserats zu einem Medienrat, der alle Medien umfasst und repräsentiert, ist anzustreben. Der Medienrat bildet Untersektionen zu den verschiedenen Formen von Medien aus (Printmedien, Rundfunk, Internet), die von Vertretern der Medien besetzt sind. Die primäre Aufgabe der Untersektion Internet ist die Entwicklung einer Netzethik, die von möglichst vielen Anbietern im Internet geteilt wird. Die Finanzierung des Medienrats soll analog zu der des Presserats erfolgen. Dieser wird derzeit noch nicht einmal zur Hälfte durch den Staat finanziert.
- Quotenvorgaben zur Förderung einzelner Programminhalte wie eine Musikquote für deutschsprachige Musik oder eine Kinozwangsabgabe zur Förderung des deutschen Films werden abgelehnt.
- Die öffentlich-rechtlichen Medien beschränken sich auf einen Informations- und Bildungsauftrag und verzichten auf Unterhaltung. Infotainment mit Schwerpunkt Information ist zulässig. Das Internetangebot öffentlich-rechtlicher Medien darf lediglich programmbegleitenden Inhalt aufweisen.
- Die Landesmedienanstalten überwachen neben den privaten Anbietern künftig auch die öffentlich-rechtlichen. Durch die gemeinsame Regulierung in einer Institution werden wettbewerbsverzerrende Angebote der öffentlichen-rechtlichen Anbieter schneller und unbürokratischer beseitigt als durch einen Prozess auf Ebene der Europäischen Union.
- Die öffentliche Filmförderung wird abgeschafft.
- Den Evangelischen Kirchen, der Katholischen Kirche, den jüdischen Gemeinden und den Bundesländern muss künftig keine Sendezeit seitens der privaten Anbieter eingeräumt werden.
- Ziel des Jugendmedienschutzes muss die Gewährleistung eines umfassenden Schutzniveaus bei allen Angeboten sein. Dabei muss beachtet werden, dass vergleichbare Angebote mit einem ähnlichen Gefährdungspotenzial für Kinder und Jugendliche nicht unterschiedlichen Anforderungen ausgesetzt sind.
- Die Gebühreneinzugszentrale (GEZ) wird abgeschafft. Stattdessen zahlt jeder volljährige steuerpflichtige Bürger einen fixen Pro-Kopf-Beitrag zur Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Medien unabhängig von möglichen Zugangsgeräten.
- Die öffentlich-rechtlichen Radiosender werden auf ein Mindestmaß zur Erfüllung des Informations- und Bildungsauftrags beschränkt.
- Die Buchpreisbindung wird abgeschafft
- Ein Verbot so genannter Killerspielen wird abgelehnt. Die bisherigen Jugendschutzvorschriften im Bezug auf Computer- und Videospiele sind ausreichend und sollen nicht verschärft werden. Stattdessen soll die Medienaufklärung an Schulen ausgeweitet werden.

6. Umwelt, Landwirtschaft und Energie

Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern eine Politik, die mit natürlichen Ressourcen verantwortungsbewusst umgeht. Dabei muss der Staat in erster Linie auf die Einhaltung von Grundsätzen des Natur- und Umweltschutzes achten, aber auch die nötigen Voraussetzungen schaffen, damit sich der Mensch seine Umwelt im Sinne der Gesellschaft und mit der Rücksicht auf kommende Generationen zu Nutze machen kann.

a) Umwelt

Umwelt- und Naturschutz erreicht man nur durch ein Vermitteln der Konsequenzen des Handelns von heute auf die Welt von morgen. Ideologische Begründungen sind nicht Bestandteil einer verantwortungsbewussten Umweltpolitik. Diese kann nur mit dem Menschen und nicht gegen ihn funktionieren. Jede Maßnahme des Umweltschutzes muss ökologisch und ökonomisch vertretbar sein.

- Die CO₂-Emissionen sind durch marktwirtschaftliche Instrumente zu reduzieren. CO₂-Emissionen sind als erstes dort einzusparen, wo die Einsparung am einfachsten und effektivsten umzusetzen ist.
- Hochwasser- und Naturschutz sind miteinander zu vereinbaren. Die Sicherheit der Menschen hat hierbei absoluten Vorrang.
- Als Ersatz für das Schaffen von Ausgleichsflächen muss in Zukunft auch eine Ausgleichsabgabe gezahlt werden dürfen. Diese muss dem Naturschutz zufließen wodurch gewährleistet wird, dass Naturschutzprojekte langfristig betrieben werden können.
- Die Qualität der niedersächsischen Gewässer soll weiterhin verbessert werden.
- Die niedersächsischen Nationalparks sind eine gute Einrichtung und sollen im Interesse der Menschen genutzt werden.

b) Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Zentrales Element einer liberalen Landwirtschafts- und Verbraucherpolitik ist die Produktion qualitativ hochwertiger Lebensmittel unter den Gesichtspunkten von Wirtschaftlichkeit, Nachhaltigkeit und Transparenz. Eine zukunftsfähige Landwirtschaft ist ohne Subventionen auf den globalen Agrarmärkten wettbewerbsfähig. Die Ausgestaltung dieser Frage ist für das Agrarexportland Niedersachsen von großer Bedeutung.

Die Bewertung der Lebensmittelqualität muss neue Standards erfüllen. Dabei darf im Wettbewerb zwischen konventioneller und ökologischer Produktion keine ideologische Bewertung erfolgen. Außerdem müssen im Bereich der grünen Biotechnologie die Chancen für eine nachhaltigere und höherwertigere Produktion genutzt werden. Zum Erkennen von potentiellen Gefahren ist die antizipierende Forschung auszubauen.

- Die Subventionen in der Landwirtschaft werden abgeschafft.
- Der landwirtschaftliche Forschungsstandort Niedersachsen soll ausgebaut werden, wobei Themen wie nachwachsende Rohstoffe eine herausragende Rolle spielen sollen.

c) Energie

Die Energiefrage ist ein zentrales Zukunftsproblem, zu dessen Lösung die Jungen Liberalen Niedersachsen gleichermaßen ökologische und ökonomische Interessen berücksichtigt wissen wollen. Ein breit angelegter Energiemix ohne die Ausklammerung spezieller Energieformen ist dabei die Basis liberaler Energiepolitik. Darauf aufbauendes Ziel ist es, mit Hilfe effizienter Lenkungsinstrumente die Anteile der verschiedenen Energieformen dahingehend zu beeinflussen, dass eine umwelt- und ressourcenfreundliche Versorgung sichergestellt wird. Nachhaltigkeit beinhaltet in diesem Zusammenhang neben einer konsequent-ganzheitlichen Betrachtung der Auswirkungen von verschiedenen Energieformen auch die Einsicht, dass Energiepolitik mit nationaler Ausrichtung nicht zielführend ist. Länderübergreifende Lösungen hinsichtlich der Energieversorgung,

besonders europaweite, sind gefordert und nationale Alleingänge wie der Atomausstieg Deutschlands nicht sinnvoll.

- Die Energiegewinnung aus konventionellen sowie regenerativen Quellen muss stets flankiert sein vom Bemühen, Energieeinsparungen durch Effizienzsteigerungen und neue Technologien zu erreichen.
- Der kurzfristige Ausstieg aus der Kernenergie ist rückgängig zu machen und den Betreibern insoweit Planungssicherheit zu geben, dass umfassende Instandhaltungsmaßnahmen für einen sicheren Betrieb bei möglichst langen Laufzeiten erreicht werden.
- Die klimaschädliche Wirkung der Energiegewinnung aus fossilen Brennstoffen muss durch die Nachsichtung umweltschonender Maßnahmen (z.B. CO₂-Sequestrierung, CO₂-Speicherung) sowie Wirkungsgradsteigerungen der Kraftwerke (z.B. Kraft-Wärme-Kopplung) reduziert werden.
- Der Anteil der fossilen Energiegewinnung muss durch den weiteren Ausbau regenerativer Energien reduziert werden.
- Es dürfen keine weiteren Vorranggebiete für Windenergieanlagen ausgewiesen werden.
- Die Subventionierung der erneuerbaren Energien ist zu überarbeiten. Der Staat setzt das Kontingent der erneuerbaren Energien fest. Der Durchführungsweg der unterschiedlichen regenerativen Energiegewinnung sowie der Preis bilden sich am Markt.
- Die Forschung auf den Gebieten der regenerativen Energien sowie umweltentlastender Maßnahmen ist voranzutreiben.
- Die landeseigenen Gebäude sind langfristig zu sanieren, wodurch der Energiebedarf zurückgeführt werden kann.
- Privathaushalte sollen verstärkt über die Möglichkeiten der Energieeinsparung aufgeklärt werden und die Umsetzung von Energiesparmaßnahmen muss gefördert werden.
- Industrie und Handel sollen in ihrem Bestreben gestärkt werden, Anlagen zu modernisieren um ebenfalls Spareffekte zu erzielen.
- Versorgungsprobleme durch den steigenden Einfluss von regenerativen Energieformen sollen durch einen dezentralen Versorgungsansatz in Verbindung mit flexiblen Energiespeichersystemen (z.B. Wasserspeicherkraftwerke) und flexiblen Energieproduzenten (z.B. Bio-Speichergas-Kraftwerke) vorgebeugt werden. Der Forschung auf dem Gebiet der Energiespeicherung wird grundsätzlich große Bedeutung beigemessen.
- In der Frage der Endlagerung von radioaktivem Müll sehen sich die Jungen Liberalen Niedersachsen in der Verantwortung, Entscheidungen zu treffen, damit der Abfall nicht weiterhin für die Ewigkeit zwischengelagert wird. Das Moratorium für Gorleben muss zeitnah beendet werden. Die Erkundungsmaßnahmen sind schnell abzuschließen. Nach Abschluss der anhängigen Klageverfahren muss mit der Einlagerung von schwach- und mittelradioaktivem Abfall in Schacht Konrad begonnen werden.

7. Mobilität und Verkehr

Die Jungen Liberalen Niedersachsen stehen für eine bürger- und wirtschaftsfreundliche Verkehrspolitik. Die wachsende Mobilität ihrer Bürger ist ein wichtiger Baustein einer modernen Gesellschaft. Die Globalisierung verlangt von einem wettbewerbsfähigen Niedersachsen eine wettbewerbsfähige Infrastruktur, bei der aber auch stets die Frage der ökologischen Verträglichkeit nicht außer Acht gelassen wird. Niedersachsen muss außerdem seine Position als wichtiges europäisches Transitland durch eine attraktive Infrastruktur ausbauen.

- Die Einnahmen aus der Versicherungssteuer und der Kfz-Steuer werden zwischen Bund und Ländern getauscht. Ziel ist es, dem Bund die Kontrolle über die Besteuerung von Kraftfahrzeugen in allen Bereichen zuzuweisen. Die Kfz-Steuer soll darüber hinaus aufkommensneutral mittels einer Erhöhung der Mineralölsteuer abgeschafft werden, um die Lasten entsprechend der entstehenden Schäden für die Umwelt zu verteilen.
- Die niedersächsischen Verkehrsprojekte sind weiter voranzutreiben.
- Die A 39 ist von Wolfsburg bis Lüneburg auszubauen.
- Der Ausbauzustand der Straßen und insbesondere der Autobahnen muss an der Auslastung der Straßen orientiert werden. In diesem Sinne fordern die Jungen Liberalen Niedersachsen die Überprüfung eines Ausbaus auf drei oder vier Spuren pro Fahrtrichtung an stark belasteten Streckenabschnitten besonders der A2 und der A7. Um unnötige Wartezeiten und daraus erwachsende Schäden für die Volkswirtschaft zu vermeiden, müssen Arbeiten an Autobahnen schnellstmöglich, also auch mittels Nacht- und Sonntagsarbeit, durchgeführt werden.
- Der Bau der Y-Trasse zwischen Hannover, Bremen und Hamburg ist notwendig und zeitnah durchzuführen.
- Ein allgemeines Tempolimit auf deutschen Autobahnen wird abgelehnt. Die Tempolimits auf Autobahnen sind zu überprüfen und überall dort vollständig aufzuheben, wo sie für die Verkehrssicherheit nicht zwingend notwendig sind. Des Weiteren ist zu überprüfen, ob an diesen Stellen intelligente Verkehrsleitsysteme statt starrer Tempolimits zum Einsatz kommen können.
- Private Bahnunternehmen sollen weiter ermutigt werden, ihre Streckennetze in Niedersachsen auszubauen.

8. Europa

Die Jungen Liberalen Niedersachsen sehen Niedersachsen als europäische Region und sich selbst als überzeugte Europäer. Die europäische Integration bietet Niedersachsen große kulturelle und ökonomische Vorteile. Damit diese Vorteile genutzt werden können muss Niedersachsen in alle Bereichen konsequent weiter in die Europäische Union eingegliedert werden. Dazu gehört auch, dass die Europapolitik in der niedersächsischen Landespolitik wieder einen wichtigeren Stellenwert erhält.

- Die Bildungspolitik muss konsequent weiter europäisiert werden. Die europaweite Anerkennung von Schul- und Hochschulanschlüssen muss von den niedersächsischen Universitäten forciert werden.
- In grenznahen Regionen soll verstärkt Wert auf bilingualen Unterricht in der Sprache des Nachbarlandes gelegt werden.
- Niedersachsen muss europaweit bei Unternehmen für seine Standortvorteile werben und somit neue Arbeits- und Ausbildungsplätze ins Land holen.
- Niedersachsen ist als europäische Region für den Tourismus besonders attraktiv. Gerade ländliche Regionen müssen in Zukunft stärker als bisher aus diesem Vorteil ihren Nutzen ziehen können.
- Der kulturelle Austausch mit allen Teilen Europas muss weiter ausgebaut werden.